

Zusammenfassung der
Synthese:

Projekt „Verfassungsrat der
Kinder und Jugendlichen“

Januar 2021



Inhaltsverzeichnis

1. Présentation des Projektes „Verfassungsrat der Kinder und Jugendlichen“	2
2. Zusammenfassung der Empfehlungen	2
2.1 Das Recht der Kinder/Jugendlichen auf Meinungsäußerung und Gehör	2
2.2 Sprachen	2
2.3 Ober- und Unterwallis	2
2.4 Grundrechte	3
2.5 Stimmrecht	4
2.6 Aufgaben des Staates	4
2.7 Neue Technologien	5
2.8 Arbeit	5
2.9 Natürliche Ressourcen und Klima	6
2.10 Mobilität	7
2.11 Landwirtschaft	7
2.12 Familie	7
2.13 Gesundheit	8
2.14 Bildung	8
2.15 Kultur, Sport und Freizeitbeschäftigungen	10
3. Fazit	10

1. Présentation des Projektes „Verfassungsrat der Kinder und Jugendlichen“

Das Projekt „Verfassungsrat der Kinder und Jugendlichen“ wird gemeinsam mit mehreren Partnern durchgeführt. Ziel und Zweck ist die Erhebung der Meinungen und Ansichten von Kindern und Jugendlichen über ihre zukünftige Verfassung verbunden mit dem Wunsch, dass diese Auseinandersetzungen vom Verfassungsrat berücksichtigt werden.

Um die Vorschläge der unter 18-jährigen Kindern (ab 5 J.) und Jugendlichen des Kantons Wallis zu sammeln, wurden von September bis November 2020 71 Workshops mit ihnen umgesetzt.

Parallel zu den ortsgebundenen Workshops wurden für alle im Kanton Wallis wohnhaften Kinder und Jugendliche ein Wettbewerb gemacht. Die Teilnehmenden konnten durch Schreiben, Zeichnen, Basteln, Drehen von Videos Wünsche zu 3 Themen ausdrücken.

Insgesamt haben 1014 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren an den Workshops ihre Ideen eingebracht. Darunter waren 245 Kinder zwischen 5 und 11 Jahren und 769 Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren. Die Teilnahme am Wettbewerb war gering: 25 Kinder und Jugendliche zwischen 4 und 14 Jahren aus dem Unterwallis brachten sich mit Zeichnungen, Bildern und Texten ein.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Workshops zusammengefasst.

2. Zusammenfassung der Empfehlungen

2.1 Das Recht der Kinder/Jugendlichen auf Meinungsäußerung und Gehör



„Ist es für Kinder und Jugendliche wichtig, ihre Meinung zu sagen und angehört zu werden? Und wenn ja, von wem?“ 12 Gruppen befassten sich mit dieser Frage (7 vom Oberwallis). Die Hälfte dieser Gruppen hat hervorgehoben, dass Kinder und Jugendliche das Recht zur Meinungsäußerung haben sollten, vor allem über Themen, die sie betreffen, wie z. B. die Jugend und ihren Alltag. 8 Gruppen betonen, wie wichtig es ist, dass ihre Meinung geachtet, anerkannt und ernst genommen wird und einen Einfluss hat. Sie wünschen sich, dass die Erwachsenen mehr zuhören und sich bemühen, ihren Standpunkt zu verstehen. Zur Intensivierung ihrer Mitwirkung schlagen 3 Gruppen die Einführung von Jugendräten/ Kinderparlamenten vor, in denen ihre Ideen und Vorschläge bearbeitet und umgesetzt werden.

2.2 Sprachen

„Sollte es neben Französisch und Deutsch weitere Sprachen geben, die im Wallis gefördert werden (z. B. Italienisch, Portugiesisch usw.)? Welches sind die wichtigsten Sprachen, die gelernt werden sollten?“ 11 Gruppen haben ihre Überlegungen auf dieses Thema ausgerichtet. Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen äusserte den Wunsch, mehr Sprachen zu erlernen bzw. den Fremdspracherwerb zu vertiefen. Dabei finden vielen, dass das Erlernen der englischen Sprache intensiviert werden müsste. Einige wünschten sich, dass der Schwerpunkt mehr auf die Landessprachen verlegt wird, während andere den europäischen oder sogar den aussereuropäischen Sprachen den Vorrang einräumen wollen, um auf Reisen kommunizieren zu können.



2.3 Ober- und Unterwallis

„Sollten sich die Menschen aus dem Oberwallis und Unterwallis besser kennen lernen? Sollte es mehr Begegnungen geben?“ Diese Frage richtete sich an Jugendliche ab 12 Jahren. Die Jugendlichen, die

sich mit den Beziehungen zwischen dem Oberwallis und Unterwallis befassten, schlagen Massnahmen zur Intensivierung der Kommunikation und zur besseren Verständigung zwischen den Regionen vor:

- Bildungssystem verbessern, um Kommunikation zwischen Ober- und Unterwallis zu fördern
- Kommunikation mithilfe einer Weltsprache, wie z. B. Englisch
- Förderung der Sprachaustauschaktionen zur Verbesserung der Verständigung
- Ernennung von Siders zum Hauptort, um eine deutsch-französische Hauptstadt zu haben

Weitere Vorschläge zielen auf mehr Unabhängigkeit für das Oberwallis zur Stärkung seiner Präsenz ab:

- Einführung getrennter Volksabstimmungen/Wahlen im Oberwallis und im Unterwallis
- 3 von 5 Gruppen schlagen eine vollständige Trennung zwischen dem Oberwallis und dem Unterwallis vor, entweder in Form von zwei Halbkantonen oder von zwei unabhängigen Kantonen.

2.4 Grundrechte

Besonderer Schutz: 5 Gruppen von Jugendlichen haben sich entschieden, die Frage zu den Grundrechten zu behandeln: „**Soll in der Walliser Verfassung ein besonderer Schutz für bestimmte Personen vorgesehen werden (Kinder, Senioren, Behinderte ...)?**“. Sie schlugen einen besonderen Schutz für folgende schutzbedürftige Personengruppen vor:



- missbrauchte Frauen
- Menschen mit Behinderung (die mehr Unterstützung erhalten sollten)
- alte Menschen oder Menschen, die zum Opfer von Misshandlungen durch Pflegekräfte geworden sind
- Obdachlose (für die eine Unterbringungslösung gefunden werden sollte)
- Kinder, die von Mobbing betroffen sind, sollten wissen, an wen sie sich wenden können
- Tiere: Das Aussetzen eines Tieres sollte durch Bussgelder / Gefängnisstrafen sanktioniert werden.
- Kinder, die unter der Gewalttätigkeit ihrer Eltern leiden oder selbst von familiärer Gewalt betroffen sind, sollten einen Ort haben, an dem sie darüber sprechen können

In Bezug auf die Kinderrechte wurden von einer Gruppe folgende Rechte aufgezählt:

- das Recht, Anzeige zu erstatten sowie das Recht, beim Erstellen der Anzeige anonym zu bleiben
- das Recht auf Schutz und Unterstützung in Gewaltsituationen

Gleichberechtigung und Vielfalt: Eine zweite Frage zu den Grundrechten, wurde den Jugendlichen über 12 Jahre vorgeschlagen: „**Sollen die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen und die Vielfalt (Ober- und Unterwallis, Flachland und Berge usw.) gefördert werden?**“ Es wurden Massnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt und zur Förderung der Gleichberechtigung vorgeschlagen:

Sanktionen: 12 Gruppen schlagen ein härteres Vorgehen gegen Täter vor, durch Bussgelder oder Freiheitsstrafen.

Prävention: 7 Gruppen finden es sinnvoll und befürworten entsprechende Aktivitäten im schulischen und familiären Umfeld.

Medien: 2 Gruppen schlagen vor, die Sichtbarkeit von Minderheiten zu verstärken und ihnen mehr Gehör zu verschaffen.

Sensibilisierung: 5 Gruppen empfehlen die Durchführung von Workshops/Kursen, z.B. im schulischen Umfeld (Gleichberechtigung von Mann & Frau, Achtung der Religionen, Rassismus, ...).

Politik: 3 Gruppen betonen die Notwendigkeit zur Förderung der Vielfalt z.B., dass zur Gewährleistung einer regionalen Vielfalt eine bestimmte Anzahl an VertreterInnen für jede Region ernannt werden sollte. 4 Gruppen vertreten die Ansicht, dass die Chancen von Frauen, gewählt zu werden und ihre Ideen einzubringen, verstärkt werden müssten.

Arbeitswelt: Die Hauptforderung der Jugendlichen bezieht sich auf die Lohngleichheit, die 29 Gruppen fordern. 6 von ihnen vertreten die Ansicht, dass alle Lohnungleichheiten abgeschafft werden sollten. 22 Gruppen bestehen auf die Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen. 6 von ihnen schlagen vor, die Unternehmen zu kontrollieren und die Verantwortlichen dieser Ungleichheiten zu sanktionieren, und eine Gruppe ist der Ansicht, dass Arbeitnehmer die Möglichkeit haben müssten, ihren Arbeitgeber zu verklagen. 7 Gruppen fordern die Überwindung von Geschlechterstereotypen.

Kleider: 9 Gruppen bestehen auf die freie Auswahl des Bekleidungsstils, insbesondere für Frauen. 4 von ihnen finden, dass jede Frau die Möglichkeit haben sollte, sich nach ihrem Geschmack zu kleiden, ohne dass dies als Aufforderung zu Gewalt oder Vergewaltigung wahrgenommen wird oder Bemerkungen hervorruft.

Andere Vorschläge: Bekämpfung von Cybermobbing, Gründung von Anlaufstellen für ausgegrenzte Menschen oder Jugendliche mit familiären Problemen, mehr Hilfsangebote für Menschen in schwierigen Situationen.

2.5 Stimmrecht

10 Gruppen interessierten sich für die Frage nach dem Stimmrecht und gehen folgender Frage nach: „**Wer sollte das Recht haben, abzustimmen, zu wählen und gewählt zu werden?**“. Stimmrechtsalter: Die Kinder und Jugendlichen möchten eine Senkung des gesetzlich vorgesehenen Stimmrechtsalters. Die Kinder schlagen ein Stimmrecht ab 10 Jahren bzw. ab Eintritt in die Orientierungsschule vor. Die Jugendlichen sind sich auf die Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre einig. Das Mindestalter für das aktive und passive Wahlrecht bestehen die Vorschläge in einem aktiven Wahlalter von 14/15J. und in einem passiven Wahlalter von 18 J. und 20 J. für das Amt des Präsidenten/ Vize-Präsidenten.



Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländern: Dies wird von allen Gruppen befürwortet, bezüglich der Bedingungen für die Gewährung des Rechts gehen die Meinungen auseinander.

Diese Vorschläge wurden erarbeitet:

- individuelle Behandlung der Situation von Ausländerinnen und Ausländern, die seit 10 Jahren in der Schweiz leben oder seit 5 Jahren mit einer Schweizerin bzw. einem Schweizer verheiratet sind
- Gewährung des Stimmrechtes für alle Ausländerinnen und Ausländern, die in der Schweiz leben, eine Erwerbstätigkeit ausüben und beabsichtigen, in der Schweiz zu bleiben
- Gewährung des Stimmrechtes für alle Ausländerinnen und Ausländer, die in der Schweiz geboren sind oder seit 10 Jahren in der Schweiz leben

2.6 Aufgaben des Staates

Das Thema Staat, das sich an die Jugendlichen über 12 Jahre richtete, wurde auf der Grundlage der folgenden Frage präsentiert: „**Wozu dient der Staat und was muss er leisten?**“¹. 3 Gruppen haben sich mit dieser Frage befasst und ihrer Ansicht nach sollte der Staat folgende Verpflichtungen übernehmen:

- Beitrag zum Umweltschutz (Besteuerung der Unternehmen, die die Umwelt belasten, Besteuerung von Benzin, Förderung ÖPNV, Bewahrung der unberührten Natur und der wildlebenden Tiere, ...)
- Einhaltung der Rechte (Gesundheit, Sicherheit, Bildung) und Pflichten (Bürgersinn) gewährleisten

¹Eine Erläuterung des Begriffes Staat war darin ebenfalls enthalten: „Der Staat ist die Gesamtheit der Organe und Personen, die den Kanton Wallis regieren und die wichtigsten Entscheidungen treffen.“

2.7 Neue Technologien



Das Thema neue Technologien wurde den Jugendlichen ab 12 Jahren angeboten. 13 Gruppen befassten sich mit folgender Frage: „**Wie sollte man auf die aufkommenden neuen Technologien reagieren?**“.

Nach Ansicht der Jugendlichen sollten Technologien gefördert und weiterentwickelt werden, wenn sie folgenden Zielen dienen:

- Schutz der Umwelt und Einschränkung der Nutzung fossiler Energie
 - Lebensrettung und Unterstützung der Medizin
 - Unterstützung von Menschen mit Behinderung in ihrem Alltag (für eine bessere Lebensqualität)
 - Anregung und Entwicklung der Kindererziehung
 - Weiterentwicklung der Arbeitswelt und Vereinfachung gefährlicher Tätigkeiten
 - Verstärkung der öffentlichen Sicherheit
 - Entwicklung autonomer Fahrzeuge (Begrenzung von Verkehrsstaus und Unfällen)
- Informatik (und insbesondere das Internet): Die Jugendlichen brachten folgende Vorschläge ein:
- Förderung der Nutzung digitaler Tools in der Schule zur Verringerung des Papierverbrauchs
 - Ablehnung eines zentralisierten Informatiksystems zur Vermeidung eines Monopols der Privatunternehmen und zur Aufrechterhaltung der staatlichen Kontrolle über ihr Handeln
 - Beschränkung des Zugangs zu bestimmten Internetseiten für Kinder
 - Beschränkung unangebrachter Äusserungen in sozialen Netzwerken (Fehlverhalten sanktionieren)
 - Prävention gegen die Abhängigkeit der Nutzung sozialer Netzwerke, Videospiele und Sensibilisierung für Gewalt im Netz
 - Einführung Rückverfolgung des Suchverlaufs im Internet, um Abruf illegaler Seiten zu verhindern
- Datenschutz:
- Daten sollen vertraulich behandelt und geschützt werden.
 - Eltern sollten als Einzige berechtigt sein, die Aktivitäten ihrer Kinder im Internet mitzuverfolgen.
 - Der Staat sollte ein verlässliches Virenschutzprogramm einführen, das zu einem erschwinglichen Preis von allen erworben werden kann.
 - Die Rückverfolgung der Daten auf Mobiltelefonen sollte verboten sein.

2.8 Arbeit

Das Thema Arbeit, das sich an Jugendliche über 12 Jahren richtete, wurde von 9 Gruppen ausgewählt. „**Sind Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ausreichend geschützt (z. B. vor Berufskrankheiten)? Wenn nicht, wie sollten sie geschützt werden?**“. Die Jugendlichen fordern, dass die Gehälter nach oben korrigiert und besser angepasst werden, entweder unter Berücksichtigung der Ausbildung oder der geleisteten Arbeit, z. B. eine bessere Bezahlung für anstrengende oder gefährliche Tätigkeiten oder für Berufe des sozialen Bereichs. Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden sollten begrenzt und kontrolliert werden, um Burnout oder Arbeitsunfälle aufgrund von Müdigkeit zu verhindern.



Ideen für besseren Schutz der ArbeitnehmerInnen:

- Der Staat sollte Unternehmen mit Schutzausrüstung versorgen oder diese subventionieren.
- Die Schutzmassnahmen auf Baustellen sollten verstärkt werden.
- Der Staat sollte sich vergewissern, dass die Vorschriften in Bezug auf Arbeitsstunden, Pausenzeiten oder die Obergrenzen beim Tragen schwerer Lasten von den Unternehmen eingehalten werden.

- Auszubildende sollten ordnungsgemäss ausgebildet, von ihrem Arbeitgeber gut behandelt werden und angemessene Arbeitsbedingungen haben.
- Der Staat sollte kontrollieren, ob alle Unternehmen ihre Beschäftigten angemessen bezahlen, unter Berücksichtigung ihrer Ausbildung und Abschlüsse.
- Arbeitnehmer wie Arbeitgeber sollten besser gegen Arbeitsunfälle oder Krankheiten versichert sein.
- Eine Strategie zur Verringerung der Arbeitslosenquote und zur Erleichterung der Stellensuche sollte eingeführt werden.

2.9 Natürliche Ressourcen und Klima



Das Thema Schutz des Planeten erfreute sich mit Abstand der grössten Beliebtheit bei den Kindern und Jugendlichen. Es wurde von 70 Gruppen ausgewählt. Folgender Fragen wurde nachgegangen: „**Müssen wir handeln, um unseren Planeten zu schützen? Warum? Und wenn ja, haben Sie Ideen?**“.

Abfallentsorgung: Personen, die Abfälle auf den Boden oder in den Wald werfen, sollen gebüsst werden. Neue Sortieranlagen sollen eingerichtet werden

und zusätzliche öffentliche Kehrichteimer, Trenneimer und Aschenbecher sollten aufgestellt werden. Die Förderung der erneuerbaren Rohstoffe und des Recyclings wurden von 20 Untergruppen erwähnt und Massnahmen zur Verringerung oder Ersetzung von Plastik werden von 24 Untergruppen gefordert. Energieerzeugung: Die Notwendigkeit zur Förderung erneuerbarer Energien wird gefordert. Weitere erneuerbare Energiequellen sollen erforscht werden.

Verkehrsmittel: Es müssen Anreize geschaffen werden, um die Bevölkerung zur Bevorzugung der umweltfreundlichen Mobilität und des ÖPNV zu motivieren, z. B. durch die Senkung der ÖPNV-Tarife oder durch kostenlose Bereitstellung des ÖPNV im 2-Wochen-Turnus, durch die Erhöhung des Benzinpreises, durch die Erweiterung des Fahrradwegenetzes oder auch durch das Verbot der Nutzung des Autos oder des Flugzeugs für Kurzstrecken. Die Herstellung und der Kauf von Elektrofahrzeugen anstelle von benzinbetriebenen Fahrzeugen soll gefördert werden. Die Forschung muss unterstützt werden, um umweltschonender Fahrzeuge zu entwickeln.

Massnahmen für den Produktionssektor: 12 Gruppen wünschen sich die Begrenzung der Umweltbelastung durch Fabriken und Unternehmen. Sie wünschen sich eine Unterstützung für kleine Geschäfte auf lokaler Ebene und eine Verringerung des Imports und Exports

Pflanzenwelt:

- Entwaldung begrenzen, um die natürlichen Lebensräume zu schützen
- mehr Grünanlagen und baumbestandene Flächen in den Städten und Dörfern

Tierwelt: Schutz der Tiere (Schutz der vom Aussterben bedrohten Tierarten, Sicherung von Grünbrücken, Schaffung von Zufluchtsstätten, Schutz des Lebensraumes, Sanktionierung von Misshandlung, ...)

Gewässerschutz: Bewahrung von Seen, Flüssen, Meeren und Ozeanen und Begrenzung des Wasserverbrauchs

saubere Umwelt: Jugendliche wünschen sich eine Reinigung der Umwelt unseres Kantons, sei es in Form einer punktuellen umfassenden Reinigungsaktion der Naturräume (Seen, Almen, Wälder) oder in Form von regelmässigen Reinigungsmassnahmen in den Städten und Dörfern. Die Bevölkerung sollte für den Umweltschutz sensibilisiert werden, zudem sollten mehr Präventionsmassnahmen ergriffen werden und die Kinder entsprechend erzogen werden. Einige fordern, Umweltsünder zu sanktionieren oder Bussgelder aufzuerlegen, und Umweltschutzaktionen unterstützt und subventioniert werden.

2.10 Mobilität

6 Gruppen haben sich mit dem Thema Mobilität und somit mit folgender Frage auseinandergesetzt: „**Benötigen wir mehr Verkehrsmittel für unsere Fortbewegung (Bus, Bahn, Autostrassen, Radwege usw.)? Und wenn ja, welche Verkehrsmittel?**“. 5 Gruppen wollten die Nutzung von Elektrofahrzeugen fördern und 3 Gruppen den ÖPNV stärken.



ÖPNV: Senkung der Preise, Erweiterung des Angebots an entlegenen Orten und in kleinen Dörfern, während der Stosszeiten und nachts.

Ökologie:

- Entwicklung umweltfreundlicher Verkehrsmittel und Erweiterung des Angebots an Ladestationen
- Angebot umweltfreundlicherer Alternativen für den Luft- und Seeverkehr
- Aufbau von (umweltbewusster) schweizerischen Elektroautomobilindustrie
- attraktiveres ÖPNV-Angebot entwickeln (z.B. durch einheitlichen Fahrausweis für das ganze Wallis)
- Entwicklung neuer Transportmöglichkeiten in den Städten oder in den Bergen

2.11 Landwirtschaft

Das Thema Landwirtschaft wurde den Jugendlichen ab 12 Jahren vorgeschlagen. 12 Gruppen befassten sich mit dieser Thematik (1 aus dem Oberwallis): „**Braucht das Wallis Landwirtschaft (z. B. Erzeugung von Obst, Gemüse, Käse oder Tierzucht)? Welcher Art von Landwirtschaft sollte gefördert werden?**“. Die Mehrheit der Gruppen betonte, wie wichtig es ist, den Verzehr von einheimischen Erzeugnissen zu fördern, wobei vor allem die kleinen Landwirtschaftsbetriebe unterstützt werden sollten. Folgende Vorschläge wurden eingebracht:

- Förderung der Partnerschaften zwischen Supermärkten und einheimischen Landwirten
- alleinige Zulassung von Fleisch einheimischer Züchter in den Geschäften
- Unterstützung kleiner Geschäfte auf lokaler Ebene und Erweiterung des Nahversorgungsangebots
- Zusammenlegung kleiner lokaler Märkte in Einkaufszentrum mit einheimischen Lebensmitteln
- Importe (z.B. bei Grosshändlern) besteuern, um Umweltbelastung durch Transporte zu vermeiden
- Beseitigung aller ausländischen Produkte, die in der Schweiz angebaut werden können, aus den Geschäften, und Erweiterung der Auswahl an schweizerischen Produkten
- Preise einheimischer Produkte senken, durch Produktionserhöhung oder staatliche Finanzhilfen
- 3 Gruppen fördern Massnahmen zur Vermeidung von Verlusten durch grosse Raubtiere (wie Wölfe) und zur Unterstützung der von solchen Angriffen betroffenen Landwirte.

Arbeitsbedingungen: Einige Jugendliche wünschen sich bessere Arbeitsbedingungen und höhere Gehälter für Landwirte.

In Bezug auf die Landwirtschaftsart, die vom Kanton Wallis gefördert werden sollte, gehen die Meinungen auseinander, abgesehen von der Tatsache, dass der schweizerischen Landwirtschaft der Vorrang eingeräumt werden sollte. 3 Gruppen möchten die biologische Landwirtschaft fördern.

2.12 Familie



Beim Thema Familie lag der Schwerpunkt auf dem Mutterschafts-, Vaterschafts- und Elternurlaub: „**Sollte es neben dem Mutterschutz (14 Wochen Freistellung von der Arbeit nach der Entbindung für die Mamas) andere Lösungen geben, um sich um Neugeborene zu kümmern (Elternzeit für Väter, Krippen usw.)?**“.

14 Gruppen aus dem Unterwallis haben sich für diese Fragen entschieden.

Mutterschaftsurlaub: 7 Gruppen wünschen sich eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs (bis zu 5-6 Monate). 3 sind der Meinung, dass die aktuelle Dauer des Urlaubs ausreichend ist.

Vaterschaftsurlaub: Alle Gruppen unterstützen den 2-wöchigen Urlaub, während 10 Gruppen sich einen längeren Urlaub wünschen (die Vorschläge schwanken zwischen 1 und 4 Monaten).

Elternurlaub: von allen befürwortet: bietet Eltern die Chance, sich auf ihr Familienleben einzustellen.

2.13 Gesundheit

24 Gruppen haben sich für das Thema Gesundheit mit der Frage: „**Wie kann die Gesundheit geschützt werden? Was wäre zu tun, damit die Menschen gesund bleiben oder werden?**“ entschieden. allgemeine Perspektive: 8 Gruppen befürworten Investitionen in die Prävention (z.B. Konsum alkoholischer Getränke) sowie in die Sensibilisierung der Bevölkerung für eine gesunde Lebensweise und für die Aufrechterhaltung eines körperlichen und psychischen Gleichgewichtes.



Präventionsmassnahmen (zur Umsetzung in den Medien, in der Werbung, über das Internet und in der Schule): Sie sollen sich an Kinder und an Erwachsene richten.

Die vorgeschlagenen Präventionsmassnahmen werden von 6 Gruppen durch die Forderung der Bereitstellung von Infrastruktur- und Sportangeboten ergänzt, sowie durch die Anregung zur Förderung der sportlichen Aktivität. 3 Gruppen schlagen vor, dass Rettungstechniken und Erste-Hilfe-Massnahmen Kindern frühzeitig vermittelt werden, sowie den Erwachsenen, die sich um sie kümmern. Für mehrere Gruppen stellt der Zugang zur Gesundheitsversorgung für jede/n einen grundlegenden Aspekt dar. Folgende Vorschläge wurden eingebracht:

- höhere staatliche Investitionen in das Gesundheitswesen
- Senkung der Krankenkassentarife und Gewährleistung eines besseren Versicherungsschutzes
- Senkung der Behandlungskosten, kostenfreie medizinische Versorgung für Menschen, die nicht für ihre Behandlung aufkommen können, Senkung der Preise von Notfalltransporten
- Bereitstellung von Arzneimitteln, Impfstoffen, Vitaminen für alle Menschen (oder Preise senken)
- Senkung der Preise für gesunde Lebensmittel und Zugang zu Nahrung für bedürftige Menschen fördern
- Zugang zu zahnmedizinischen Behandlungsmassnahmen für jede/n

Spitäler: *Folgende Verbesserungsmassnahmen werden empfohlen*: mehr Geld zur Verfügung stellen, sie vergrössern und dafür sorgen, dass genügend Plätze für die Kranken vorhanden sind, die Kapazität der Intensivmedizin erhöhen, die Technologie weiter entwickeln, dafür sorgen, dass die Spitäler mit den erforderlichen Geräten ausgestattet sind, mehr Personal einstellen und die Arbeitsbedingungen verbessern, eigene Räume für die Erstversorgung einrichten, usw. Angesprochen wurden die Arbeitsqualität und die Grundhaltung der medizinischen Fachkräfte, die genug Zeit haben sollten, um Behandlungsfehler auszuschliessen, den PatientInnen alle erforderlichen Informationen zu vermitteln, sie zu beruhigen, ihnen die erforderliche Aufmerksamkeit zu schenken und für sie da zu sein.

In Bezug auf die Zuständigkeiten des Staates vertreten 4 Gruppen die Ansicht, dass es seine Aufgabe ist, die pharmazeutische Forschung zu fördern und mehr Geld in die Erforschung von Behandlungsmethoden für bisher unheilbare oder chronische Krankheiten zu investieren.

2.14 Bildung



33 Gruppen befassten sich mit dem Thema Bildung: „**Was sind Sinn und Zweck der Schule? Was sollte Ihrer Meinung nach dort gelernt werden?**“. 6 von ihnen haben diese Frage direkt beantwortet: Die Schule dient dem Lernen, der Vorbereitung auf das spätere Leben, dem Aufbau von Freundschaften, dem

Vergnügen und Bildung, soziale Kompetenzen entwickeln, anderen besser annehmen und sich in die Gesellschaft einfügen.

angebotenen Schulfächer: Manche Gruppen wünschen sich die Abschaffung bestehender Zweige (Religionswissenschaft, Laufsport, ...) und den Ausbau anderer (Informatik, Englisch, Sexualkunde, Geschichte, Geografie – vor allem Geschichte & Geografie des Wallis und der Schweiz -, Sport, kulturelle Aktivitäten oder Wirtschaft). Neue Inhalte wurden vorgeschlagen, wie z.B. Selbstverteidigungskurse, Kurse, die die Persönlichkeitsentfaltung und die Gewinnung von Selbstvertrauen fördern, usw. 18 Gruppen (15 vom Oberwallis) schlagen vor, mehr Themen, die in direktem Zusammenhang mit dem Zeitgeschehen und dem Alltag stehen, aufzunehmen (Wirtschaft, Verwaltungsunterlagen, Verträge, Rechte & Pflichten, Versicherungen, Steuern, Haushalt/Kochen, Bewerbungsunterlagen, Anwendung von Technologien, Kommunikation, ...).

Gesamtinhalt des Lehrplanes: Die Gruppen wünschen sich weniger Auswendiglernen, mehr Projektarbeit, mehr praktische Beispiele zur Veranschaulichung der theoretischen Inhalte, mehr Aktivitäten, die die Entfaltung der Kreativität, der Selbstständigkeit und des kritischen Denkvermögens fördern, sowie einen Unterricht, der den Interessen, Fähigkeiten und dem Rhythmus des Einzelnen mehr gerecht wird. 9 Gruppen schlagen die Einführung vom Kurssystem mit frei wählbarer Zusammensetzung ab der Orientierungsschule/der Sekundarstufe 2 vor.

Noten: 8 Gruppen finden, dass Noten einen geringeren Stellenwert haben sollten. Stattdessen sollte die Schule die Entfaltung der individuellen und sozialen Kompetenzen und der Arbeitsmethoden fördern und Schülerinnen und Schülern, die Schwierigkeiten haben, eine gezielte Unterstützung bieten. 3 Gruppen wollen, dass Nebenfächer wie z. B. Musik, Sport und Kunst nicht benotet werden.

Unterrichtsmaterial: 8 Gruppen finden es wichtig, neue Technologien im Unterricht zu nutzen.

Stundenplan und die Organisation des Tages: 6 Gruppen schlagen einen späteren Unterrichtsbeginn vor, um mehr Schlaf zu bekommen. 5 sprechen sich für ein früheres Unterrichtsende aus.

Hausaufgaben: 9 Gruppen vertreten die Ansicht, dass sie verringert oder abgeschafft werden sollten, um mehr Freizeit für Privatleben oder Hobbys zu gewinnen und weniger unter Druck zu stehen.

Vorbereitung auf die Berufswelt: 3 Gruppen schlagen eine bessere Vorbereitung ab der Orientierungsschule vor, durch eine bessere Vorstellung der existierenden Berufe und durch weniger Druckausübung auf die Jugendlichen in Bezug auf die Berufswahl.

Der Begriff Miteinander taucht in den Empfehlungen auf. 2 Gruppen schlagen vor, dass die Aufsicht im Pausenhof verstärkt werden sollte, um Gewalt und Mobbing zu vermeiden.

Kompetenzen & Grundhaltung der Lehrerinnen und Lehrer: 4 Gruppen sind dafür, dass sie eine Ausbildung in dem von ihnen unterrichteten Fach vorweisen können, motiviert sind, ernsthaft arbeiten, alle Schülerinnen und Schülern gleichbehandeln und ihnen mit Achtung begegnen sollen.

Hausordnung der Schulen: 4 Gruppen wünschen sich die Nutzung ihres Handys im schulischen Umfeld.

Politische Bildung: 6 Gruppen haben sich mit der Frage befasst: „**Würden Sie gern an Staatsbürger-schaftskursen teilnehmen, wo Ihnen erklärt wird, wie Politik funktioniert und wie Sie sich zu Themen äussern können, die Sie betreffen?**“. Alle haben die Frage mit Ja beantwortet und vertreten die Meinung, dass ein solches Unterrichtsfach das Interesse der Jugendlichen für



Politik wecken würde und ihnen die Möglichkeit gäbe, sich eine persönliche Meinung zu bilden, sowie sich im Debattieren und Anhören der Meinung anderer zu üben. Alle sind der Ansicht, dass solche Kurse sowie das Angebot politischer Aktivitäten im schulischen Umfeld Raum bekommen sollten. Inhaltlich wünschen sich die Jugendlichen, dass diese Kurse den Schülerinnen und Schülern eine bessere Kenntnis des politischen Systems der Schweiz und der verschiedenen politischen Parteien vermitteln, sie über das Zeitgeschehen in der Schweiz informieren, ihnen die Möglichkeit bieten, die politischen Debatten und Wahlen in der Welt mitzuverfolgen und die Herausforderungen der Volksabstimmungen

besser zu verstehen. 4 Gruppen schlagen vor, dass Politikerinnen und Politiker in den Unterricht kommen, um mit ihnen Gespräche zu führen.

2.15 Kultur, Sport und Freizeitbeschäftigungen



16 Gruppen haben sich für das Thema Kultur, Sport und Freizeitbeschäftigungen interessiert: „**Sind Kultur, Sport und Freizeit für Sie wichtig? Und wenn ja, was sollte getan werden, um diese Bereiche weiter auszubauen?**“. 3 Gruppen haben die erste Frage mit Ja beantwortet und bestätigt, dass Kultur, Sport und Freizeitbeschäftigungen in ihren Augen wichtig sind. Andere haben konkrete Massnahmen zu diesen Themen vorgeschlagen:

Verbesserter Zugang zu Kultur, Sport und Freizeitbeschäftigungen: 5 Gruppen wünschen sich mehr Zeit für die Teilnahme an Aktivitäten und Veranstaltungen.

schulische Umfeld: 2 Gruppen wünschen sich Aktivitätenangebote zur freien Auswahl nach dem Unterricht (Sport, Kunst, Musik, usw.)

Beitrag, der vom Staat geleistet werden sollte: 2 Gruppen vertreten die Ansicht, dass der Staat durch Bereitstellung von Räumen und Finanzhilfen Vereine und Jugendorganisationen unterstützen sollte. Nach Ansicht von zwei anderen Gruppen besteht die Notwendigkeit zur Einführung von Massnahmen, die den Zugang zu sportlichen und kulturellen Aktivitäten und Freizeitbeschäftigungen erleichtern.

Kultur: Unterstützung des kulturellen Angebots im schulischen Umfeld, Erweiterung des Kleinkunst-Angebots, um die schweizerische Kultur zu pflegen, attraktivere Gestaltung der Museen, stärkere Abstimmung der kulturellen Veranstaltungen auf den Geschmack und die Interessen junger Erwachsener, und Schutz der historischen Gebäude und des Kulturerbes.

Sport: 2 Gruppen betonen, dass die Möglichkeit zur Ausübung sportlicher Aktivitäten im schulischen und ausserschulischen Umfeld für Kinder und Jugendliche wichtig ist. 5 Gruppen schlagen die Renovierung der bestehenden Sportanlagen sowie den Bau neuer Einrichtungen vor, dies vor allem in kleineren Dörfern. Was die Sportausübung der Jugendlichen betrifft, vertreten 4 Gruppen die Ansicht, dass junge Menschen zur Sportausübung ermutigt werden sollten.

Freizeitbeschäftigungen: 3 Gruppen betonen den hohen Stellenwert der Freizeitbeschäftigung. 4 Gruppen finden, dass es in jeder Gemeinde ein breiter angelegtes, staatlich unterstütztes Freizeitangebot geben sollte (z.B. Aktivitäten für Jugendliche, Schwimmbäder, Skateparks, Kinos, ...).

3. Fazit

Diese Zusammenfassung wurde in dem Bestreben verfasst, die von den Teilnehmenden des Projektes „Verfassungsrat der Kinder und Jugendlichen“ ausgesprochenen Empfehlungen so originalgetreu wie möglich wiederzugeben. Bei der Verwirklichung eines solchen Ansatzes lassen sich gewisse Unwägbarkeiten nicht vermeiden, und mitunter beeinflusst das aktuelle Zeitgeschehen die Vorstellungen und Meinungen der Kinder und Jugendlichen. Doch die Heterogenität der angesprochenen Zielgruppen sowie die hohe Zahl der Projektteilnehmenden verleiht ihren Aussagen ein nicht zu unterschätzendes Gewicht.

Die Stimmen der unter 18-jährigen Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Wallis werden in den Mittelpunkt des Projektes „Verfassungsrat der Kinder und Jugendlichen“ gerückt. Nun besteht die Hoffnung, dass sie gehört werden und einen wirklichen Einfluss auf die zukünftige Walliser Verfassung ausüben. Ein besonderes Dankeschön gilt allen Kindern und Jugendlichen des Kantons Wallis, die sich auf dieses Projekt eingelassen haben.